

## Justizminister lässt Klage gegen Ampatuans fallen

Die Hauptverdächtigen des Massakers in der Provinz Maguindanao, bei dem am 23.11. 2009 57 Menschen ermordet wurden, sind frei. Zaldy Ampatuan und Datu Akmad Ampatuan wurden durch Justizminister Alberto Agras Beschluss am 16. April 2010 von der Liste der Hauptverdächtigen gestrichen. Agra stützte sich dabei auf fehlende Beweise und die vorgelegten Alibis der Verdächtigen. Der Ampatuan-Clan gilt als enger Verbün-

deter der Arroyo-Administration. Er wird beschuldigt, 2004 die Wahlen in Maguindanao zu Gunsten von Gloria Macapagal-Arroyo manipuliert zu haben. Nichtregierungsorganisationen, Kirchengruppen, Journalisten und Angehörige der Opfer zeigen sich geschockt von der Entscheidung Agras und werfen dem Justizminister vor, die Ampatuans vor einer weiteren Strafverfolgung zu schützen.

vgl. Bulatlat.com, 26.04.2010

## Umsiedlungen keine Alternative

Im November 2009 entschied Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo über die Umsiedlung von 100.000 Familien, die in Überschwemmungsgebieten entlang der Kanäle und Flüsse Manilas als informelle Siedler leben. Ziel der Umsiedlung sei es, die Verwundbarkeit der Menschen zu verringern und die Überschwemmungsgebiete freizuhalten. Die Umsiedlungsquartiere liegen meist außerhalb von Manila und somit weit entfernt von den bisherigen Arbeitsplätzen. Die Betroffenen verlieren ihre Arbeit oder müssen weite Wege und höhere Kosten in Kauf nehmen. Circa fünf Millionen Menschen bzw. 40 Pro-

zent der städtischen Bevölkerung in Metro Manila gehört zu den »urban poor«. Für sie ist die Nähe zum Arbeitsplatz ein wichtiger Aspekt. Groß angelegte Umsiedlungen sind laut der Meinung der Betroffenen daher keine langfristige Lösung. »Redevelopment statt Resettlement« lautet ihre Forderung. Die Entwicklung der Überschwemmungsgebiete durch strukturelle Maßnahmen wie Aufschüttungen, Deiche etc. oder innerstädtische Umsiedlungen würden die Verwundbarkeit reduzieren, ohne den Familien ihre Lebensgrundlagen zu entziehen bzw. zu erschweren.

vgl. IPS, 01.03.2010

## Düstere Aussichten für OFWs

Oversea Filipino Workers (OFWs) sind seit Jahren ein wichtiges Standbein der philippinischen Wirtschaft. Durch die Folgen der Wirtschaftskrise sind die Arbeitsplätze im Ausland jetzt stark gefährdet. Kein anderes Land ist so abhängig von den Überweisungen aus dem Ausland lebender Angehöriger wie die Philippinen.

Derzeit gehen die Jobangebote aus Australien, Neuseeland und Kanada zurück, nur im Nahen Osten werden noch philippinische Arbeitskräfte nachgefragt. In Europa und Amerika sind die OFWs die Ersten, die die Wirtschaftskrise zu spüren bekommen und ihre Arbeit verlieren. Ein Rückgang der Über-

weisungen würde zu großen Problemen führen, da die Empfänger das Geld zur Abdeckung ihrer Grundbedürfnisse wie Nahrung und Haushaltswaren (93 Prozent), Bildung (72 Prozent) und medizinische Versorgung (63 Prozent) benötigen. Zwischen 2004 und 2007 ging die Nachfrage nach qualifizierten Fachleuten um 45 Prozent deutlich zurück. Weniger qualifizierte Arbeitskräfte haben wesentlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Übersee. Sie machen circa 75 Prozent der OFWs aus.

vgl. Planet Philippines, 11.03.2010;

Philippine Online Chronicles,

29.01.2010; Philippine Star, 06.04.2010

## EU als Friedensbeobachter

Repräsentanten der philippinischen Regierung, der separatistischen *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) und der Zivilbevölkerung sind sich einig; der Eintritt der EU in das Internationale Beobachtungsteam (IMT) kann für einen neuen Aufschwung im Friedensprozess zwischen Regierung und MILF sorgen. Beide Parteien haben der EU die Leitung der Komponente für humanitären Wiederaufbau und Entwicklung des IMT angeboten. Alle Beteiligten zeigten sich sehr erfreut über die Einwilligung und Unterstützung der Europäer und versprechen sich viel von den Erfahrungen der EU in Sachen Humanitäre Hilfe und Konfliktberatung. Der Vorsitzende des Friedensausschusses der MILF, Mohagher Iqbal, erhofft sich zudem, dass der Eintritt der EU in das IMT dazu beitragen kann, auch Indonesien und Qatar langfristig zu einer Mitarbeit zu bewegen. Das IMT wird derzeit von Vertretern aus Malaysia geleitet und von Soldaten aus Brunei und Libyen sowie einem Experten für Entwicklungsfragen aus Japan unterstützt. Das IMT hat die Umsetzung des Waffenstillstandes zwischen Regierung und MILF von Ende 2004 bis November 2008 beobachtet. Die gescheiterten Friedensabkommen von 2008 führten zu einer Überarbeitung des Verantwortungsberichts des IMT. Heute ist das Internationale Beobachtungsteam für die Überwachung der Sicherheit, der sozioökonomischen Entwicklung, den Schutz der Zivilisten und die humanitäre Hilfe zuständig.

vgl. Mindanews, 21.05.2010

## Verstärkte Kooperation gegen Piraterie

Das philippinische Außenministerium hat die UN und andere Staaten zur verstärkten Zusammenarbeit beim Kampf gegen die zunehmende Piraterie und deren Ursachen aufgerufen. Die von Piraterie betroffene Region hat sich bereits vom Golf von Aden auf den weiteren Indischen Ozean ausgedehnt. Nicht zuletzt wegen der fehlenden Strafverfolgung haben sich die Angriffe somalischer Piraten zu einem äußerst lukrativen Geschäft entwickelt. Die Philippinen stellen mit 350.000 Seefahrern den größten Anteil an Schiffsbesatzungen in der internationalen Seefahrt. Damit sind philippinische Seefahrer besonders häufig von Angriffen somalischer Piraten betroffen. Derzeit sind 63 philippinische Seemänner von vier Frachtern in der Gewalt von Piraten. Zur Prävention wurden bereits Sicherheitsmaßnahmen und Trainings zum Krisenmanagement für die Seefahrer eingeführt. Auf dem *Indian Ocean Naval Symposium* in Abu Dhabi ist man sich einig, dass ein alleiniges Vorgehen gegen die Angriffe der Piraten nicht zu einer Lösung des Problems führen wird. Dennoch wird die Fortsetzung der Marineeinsätze als notwendige Maßnahme zur Einschränkung der Übergriffe gesehen. Doch die eigentliche Lösung läge in der Stabilisierung des Landes Somalia. Der Leiter der Australischen Marine, Russel Crane ist überzeugt, dass durch die vereinte internationale Zusammenarbeit das Problem in nicht allzu ferner Zukunft wieder unter Kontrolle gebracht werden kann.

vgl. MT, 17.05.2010

## Die Reichen werden reicher, die Armut nimmt zu

Trotz kontinuierlicher Expansion der philippinischen Wirtschaft und dem höchsten Durchschnittswachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 4,4 Prozent während der Amtszeit von Präsidentin Macapagal-Arroyo, hat die Zahl der Menschen, die in Armut leben, erheblich zugenommen. Die Zahl der fünfköpfigen Familien mit einem Monatseinkommen bis zu 1.200 Pesos (21 Euro) ist von 2001 bis 2006 um 2,2 Millionen auf 27,6 Millionen gestiegen. Die Anzahl der Menschen, die unter-

halb der Armutsgrenze leben, hat sich von 11,4 Prozent (2000) auf 20,3 Prozent (2009) fast verdoppelt. Gründe für die steigenden Armutszahlen sehen Experten in dem ansteigenden Bevölkerungswachstum, Folgen von Naturgefahren wie Ondoy und des Wetterphänomens El Nino, und den Folgen der Wirtschaftskrise. Außerdem wird die Privatwirtschaft kritisiert, nur geringe Anteile ihrer Gewinne durch Reinvestitionen an die Bevölkerung zurückzuführen.

vgl. PDI, 08.03.2010

## Dürre und Stromengpässe in Mindanao

Iligan City ist besonders betroffen von dem ausbleibenden Regen in dem ersten Quartal 2010. Allein im Landwirtschaftssektor sind 4.000 Farmer betroffen und Schäden in Höhe von 15 Millionen Pesos (262.500 Euro) entstanden. Die Stadt hat nun angekündigt, die Bauern und Bäuerinnen mit zehn Wasserpumpen, Düngemittel und Saatgut unterstützen. Mehrere Spannungsabfälle in Mindanao sind ebenfalls auf El Nino und die lange Trockenperiode zurückzuführen.

Der sinkende Wasserstand im See Lanao kann die Wasserkraftwerke entlang des Agus River nicht ausreichend mit Wasser versorgen und hat mehrfach zu Stromknappheit geführt. Das Arbeitsministerium DOLE hat bereits einen Aktionsplan mit einem *Food-for-work* Programme für Arbeitslose und Angebote für Existenzgründer in den Bereichen Tischler- und Maurerhandwerk aufgestellt.

vgl. Mindanews, 30.04.2010

## Arme besitzen Handys, aber keine Toilette

Mehr als 30 Prozent der einkommensschwachen Bevölkerung besitzt ein Handy, doch viele haben keinen Zugang zu Sanitäreinrichtungen und Elektrizität. Dies berichtet das *National Statistic Office (NSO)* in seinem Bericht »Characteristics of Poor Families in the Philippines«. 64 Prozent aller Familien des Landes haben mindestens ein Mobiltelefon in der Familie, damit ist das Handy das zweitbeliebteste Haushaltsgerät. Das wichtigste Ge-

rät ist der Fernseher. 82 Prozent der Ober- und Mittelschicht und 43 Prozent der ärmeren Bevölkerung (unteren 30 Prozent der Einkommensschicht) besitzen einen Fernseher. Hinzu kommt, dass circa 36 Prozent dieser Bevölkerungsschicht keinen eigenen Stromanschluss und 24 Prozent keine sanitären Einrichtungen im Haus haben.

vgl. MT, 24.04.2010